

zäme läbe - zäme schtimme	1
Umweltzerstörung und Kapitalismus	2
Testarbeitsplätze, TAP	3
Initiative „Keine gewalttätigen Demonstranten“	4
„200'000 Franken sind genug“	5
Lohngerechtigkeit bei Angestellten der Stadt Bern	5
Das griechische Volk wehrt sich gegen den Gang zur Schlachtbank	6
4. AVIG Revision	7
PdA fordert Promille-Abgabe	8

Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer?

ABSTIMMUNG ÜBER ZÄME LÄBE. ZÄME SCHTIMME

Am 26. September wird im Kanton Bern über die Initiative „Zäme läbe, zäme schtimme“ abgestimmt. Die Initiative will den Gemeinden des Kantons Bern das Recht einräumen, das kommunale Stimm- und Wahlrecht für Ausländerinnen und Ausländer einzuführen. Die PdA Bern war – zusammen mit dem Gewerkschaftsbund des Kantons – an der Lancierung und am Zustandekommen der Initiative massgeblich beteiligt.

In einer Demokratie sollen diejenigen die politischen Entscheide treffen, welche von ihnen betroffen sind. Auf Gemeindeebene sind das die Leute, die in der jeweiligen Gemeinde wohnen. Deshalb muss die höchste Instanz der Gemeinde die Wohnbevölke-

rung sein, sei es in Form einer Gemeindeversammlung, sei es in Form von Urnenabstimmungen.

Zur Wohnbevölkerung gehören auch die Ausländerinnen und Ausländer. Es wäre daher logisch und gerecht, dass auch sie in Gemeindeangelegenheiten stimm- und wahlberechtigt sind. Das sieht auch der Regierungsrat des Kantons Bern so: Er empfiehlt die Initiative „Zäme läbe, zäme schtimme“ zur Annahme. Auch in unsern Nachbarkantonen Freiburg, Jura, Neuenburg und Waadt können Ausländerinnen und Ausländer auf kommunaler Ebene stimmen.

Der Grosse Rat mit seiner bürgerlichen Mehrheit will das nicht. Er will den Gemeinden weiterhin verbieten, die Ausländerinnen und Ausländer am politischen Leben zu beteiligen. Das ist nicht nur undemokratisch, sondern auch dumm. Viele Gemeinden haben Mühe, für ihre Planungs-, Schul- und sonstigen Kommissionen genügend qualifizierte Leute zu finden. Qualifizierte Ausländerinnen und Ausländer, die in diesen Gemeinden wohnen, dürfen nicht gewählt werden, selbst wenn sie zur Mitarbeit bereit sind. Sogar Ausländerkommissionen müssen mit Schweizerinnen und Schweizern besetzt werden!

Die gleichen Parteien, die ihre Politik auf dem Rücken der Ausländerinnen und Ausländer machen, verweisen nun plötzlich auf die Möglichkeit der Einbürgerung. Das ist aber gar nicht die Frage, die sich stellt. Wir stimmen ja nicht an unserem Heimatort ab, sondern am Wohnort. Stimm- und Wahlrecht beziehen sich in einer Demokratie nicht auf die Herkunft, sondern auf politische Mitwirkung am Ort, an dem wir leben.

Die Annahme der Initiative würde einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung der Demokratie leisten und wäre ein Schritt zu mehr Gerechtigkeit. Sie würde auch den Gemeinden helfen, da sie den Einbezug der ausländischen Wohnbevölkerung in die politische Alltagsarbeit erleichtert. Ein Ja zu „Zäme läbe, zäme schtimme“ wäre daher ein kleiner, aber auch ein wichtiger Schritt zu mehr Demokratie.

Willi Egloff, PdA Bern

UMWELTZERSTÖRUNG UND KAPITALISMUS

THESEN

Im Kapitalismus kann die Umweltzerstörung nicht gebremst werden. Der von den Arbeitenden geschaffene Mehrwert kann nicht von ihnen selber konsumiert werden, da er vom Kapital angeeignet wird. Das Kapital kann seinen Profit nur investieren, wenn die Umwelt noch weiter zerstört wird oder wenn ein Teil des Profits in Kriegen vernichtet wird. Kapitalismus ist daher immer Krieg gegen die Natur oder gegen die Menschen, in der Praxis Krieg gegen beide. Oder anders formuliert: Kapitalismus führt zu unbegrenztem Wachstum auf einer begrenzten Erde. Da die Erde nicht vergrössert werden kann, bleibt nur die Überwindung des Kapitalismus übrig.

Die fortschreitende Umweltzerstörung bedroht den Kapitalismus nicht. Der Kapitalismus basiert auf maximaler Ausbeutung der Arbeiterinnen und der Natur. Je grösser die Reservearmee der Arbeitslosen ist, desto besser können die Arbeiter ausgebeutet werden.

Erst wenn Wasser und saubere Luft knapp werden, können sie so wie schon viel früher der Boden und die Bodenschätze zu Privateigentum und handelbaren Gütern werden. Die Umweltzerstörung ist daher für die Menschen eine Bedrohung, für den Kapitalismus dagegen eine Chance. Das bekannteste Beispiel dafür sind wohl die handelbaren CO2 Zertifikate.

Für Milliarden von Menschen ist die zunehmende Knappheit von Nahrungsmitteln und Wasser schlimmer als die Klimaerwärmung. Die Klimaerwärmung wird längerfristig das Leben von Milliarden bedrohen. Schon vorher werden aber Wasser und Nahrungsmittel knapp. Agrartreibstoffe und zunehmender Fleischkonsum verschärfen das Problem rasant. Die Klimaerwärmung bedroht den Kapitalismus direkt, weil viele Küstenstädte im Meer versinken werden; daher ist sie zu einem Thema geworden. Verhungerte Arme schmälern keinen Profit, daher sterben sie ohne weltweites Medieninteresse.

Wir konsumieren zuviel. Das Problem kann teilweise entschärft werden, wenn nur noch langlebige Güter produziert werden, die auch repariert werden können. Aber z.B. für Kurzreisen nach Südafrika bleibt der Verzicht die einzige Alternative.

KONKRETE POLITISCHE FORDERUNGEN

Die Forderungen sind nicht utopisch, sie benachteiligen Schweizer Firmen gegenüber Firmen in der EU nicht. Sie könnten in der Schweiz verwirklicht werden, wenn Mehrheiten gefunden werden.

Alle Industriebrachflächen überbauen. Bevor Land neu überbaut werden darf, müssen bestehende Industriebrachen überbaut werden. Zudem kann in vielen bestehenden Siedlungen höher und verdichtet gebaut werden.

Eine Familie mit 2 Kindern darf maximal 150 Quadratmeter Wohnfläche beanspruchen. Wer mehr braucht zahlt einkommensabhängige Strafsteuern. Für eine Einzelperson sind es 70 Quadratmeter, für jede weitere erwachsene Person kommen 40 dazu, für ein Kind 20. Die Obergrenze ist so hoch festgelegt, dass ein Zimmer als Büro gebraucht werden kann.

In Einzelfällen kann es hart sein, wenn jemand im Alter sein Domizil aufgeben muss, weil der Partner oder die Partnerin gestorben und die Kinder ausgeflogen sind. Den Landverschleiss und die Zersiedelung bekommen wir aber nur so in den Griff. Diese Massnahme ist auch sozial, weil das Wohnungsangebot zunimmt und die Mieten sinken.

Absolutes Verbot von Zweitwohnungsbau ab sofort. Die ausufernde Überbauung der Alpen muss gestoppt werden. Wenn die bestehenden Zweitwohnungen besser genutzt werden, können trotzdem mehr Menschen als heute Ferien in den Bergen verbringen.

Bundessteuer auf Zweitwohnungen. Dies ist ein effizientes Mittel gegen die kalten Betten. Damit Zweitwohnungen finanziell tragbar bleiben, müssen sie vermietet werden. Viele Häuser mit Zweitwohnung werden dann in Hotels umgewandelt, was der lokalen Bevölkerung zu umweltverträglicheren Arbeitsplätzen verhilft.

Import- und Herstellungsverbot von Biotreibstoffen. Wir wollen nicht das Brot der Armen verfälschen. Es gibt keine Agrartreibstoffe, die auf Boden produziert werden, auf dem keine Nahrungsmittel produziert werden können.

Pensionskassen dürfen nicht mehr mit Nahrungsmitteln spekulieren. Wir wollen die 2.

Säule in die AHV überführen. Als Sofortmassnahme könnte der Bundesrat den Pensionskassen diese für Arme tödlichen Anlagen (heissen harmlos Commodities) verbieten.

Höhere Steuern für die Reichen. Wenn Reiche mehr Steuern bezahlen müssen, haben sie weniger überschüssiges Kapital, das investiert werden muss. Der Druck auf die Umwelt sinkt so; am Meer wird keine neue Ferienvilla gebaut, dafür kann der Bund erneuerbare Energien fördern.

Benzinsteuern erhöhen, öffentlichen Verkehr ausbauen und verbilligen. Der öffentliche Verkehr muss so gut ausgebaut werden, dass 90 Prozent der Bevölkerung ohne Auto leben kann. Wenn der öffentliche Verkehr gleichzeitig verbilligt wird, ist diese Forderung auch sozial.

Die Fracht auf die Bahn. Von Grenze zu Grenze sind nur noch Bahntransporte erlaubt.

Hans Anderegg, PdA Bern

PILOTPROJEKT „TESTARBEITSPLÄTZE, TAP“; VERPFLICHTUNGSKREDIT FÜR DIE JAHRE 2010 BIS 2011 SOWIE NACHKREDIT ZUM GLOBALBUDGET 2010

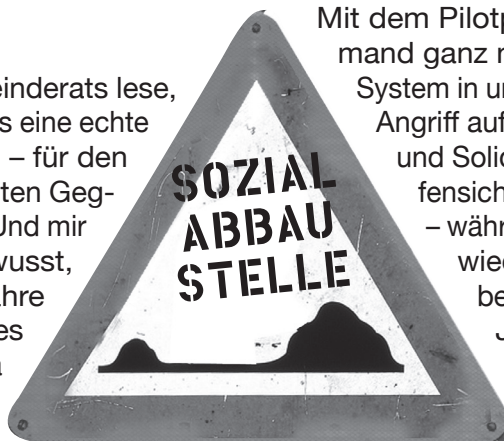
Intervention der PdA Bern an der Sitzung des Stadtrats vom 8.4.10

Wenn ich den Vortrag des Gemeinderats lese, dann glaube ich zu verstehen, was eine echte Win-win-Situation sein könnten – für den Gemeinderat und seine schärfsten Gegner aus dem bürgerlichen Lager. Und mir wird erschreckend deutlich bewusst, wie sich innerhalb weniger Jahre hinsichtlich der Sozialhilfe einiges geändert hat: und zwar nicht etwa an der Peripherie, sondern ganz zentral und wesentlich. Mit den Testarbeitsplätzen wird dieser Entwicklung jetzt noch das Sahnehäubchen verpasst.

Sie mögen jetzt je nach Gusto und politischer Opportunität darauf hinweisen, dass es nur um ein Pilotprojekt und nur um 10 Arbeitsplätze geht; dass diese Chose lastenausgleichsberechtigt ist; dass es nur jene treffen soll, die zum Kreis der immer schon Verdächtigen gehören. Wenn Sie so

argumentieren, dann stimmen Sie einem Unterfangen zu, mit dem Sie mehr als eine Vertrauensbasis untergraben – und dies äusserst nachhaltig! Sie werden sehen: Unter dieser Massnahme werden nicht nur Sozialhilfe Beziehende leiden – mit diesem Projekt diskreditieren Sie auch gleich noch das Kompetenzzentrum Arbeit und das ContactNetz. Und auch das muss gesagt sein: Diese Einrichtungen diskreditieren auch sich selbst, wenn sie Hand bieten zur Umsetzung dieser zynischen Operation.

Und dieses Pilotprojekt ist zynisch – davon zeugt schon sein Name: Testarbeitsplätze, TAP. Den Begriff werden wir samt der niedlichen Abkürzung unter den Unworten des Jahres wiederfinden. Und wenn ihn eine sozialdemokratische Sozialdirektorin unbedingt ihrem Palmares hinzufügen will, dann hat das zumindest den Vorteil klarzustellen, wer denn da welche Interessen vertritt. Testarbeitsplätze – ein Hohn für alle, die um ihren Arbeitsplatz bangen, und für alle, die auf die Strasse gesetzt worden sind, die eine Arbeit suchen, welche ihren Fähigkeiten entspricht! Arbeit wird zu einer Versuchsanordnung, zu einem Laborinstrument, um Unterwerfung zu testen. Wo sind denn die geblieben, die bei jeder Gelegenheit den Wert und die sinnstiftende Qualität von Arbeit hochhalten?



Mit dem Pilotprojekt TAP tappt da aber niemand ganz naiv ins Fettnäpfchen. Das hat System in unserem System! Der konzertierte Angriff auf alle Formen sozialer Sicherung und Solidarität ist zu offensichtlich, zu offensichtlich der Angriff auf die da unten – während sich die Bankrotteure schon wieder selbstgefällig die Hände reiben und Extraprofite einstreichen! Ja: Das hat System! Der Druck auf Sozialhilfe Beziehende, auf all jene, die aus der Erwerbsarbeit hinausgedrängt worden sind und somit ausser Lohn stehen – dieser Druck transformiert sich direkt und indirekt in Druck auf alle Arbeitenden, auf alle, die nur über ihre Arbeitskraft verfügen, und besonders auf die Lohnabhängigen der unteren Einkommensklassen. So weit zur Sinnfrage!

Und wer soll es denn nun richten? Das Kompetenzzentrum Arbeit und das ContactNetz. Das ist wahrlich noch einmal eine Geschichte für sich! In

der Selbstdarstellung des Projekts Citypflege ist wörtlich zu lesen: „‘Citypflege‘ ist ein integrierter Bestandteil des Massnahmenpakets, das die Task Force im Zusammenhang mit der Verkleinerung der Drogenszene in der Stadt Bern beschlossen hat.“ Und daraus werden jetzt im Hosenlupf-Verfahren diese Testarbeitsplätze gezaubert. Und damit werden sowohl Drogenabhängige wie Sozialhilfe Beziehende aufs Kreuz gelegt! Zum Motivations-schub, der sich bei den AbsolventInnen des Kompetenzzentrums Arbeit unweigerlich angesichts der Einrichtung von solchen Testarbeitsplätzen unter der Regie ihrer Anspruchs- und Bezugspersonen einstellen wird – zu dieser Perspektive dürfen Sie ruhig Ihre eigenen Phantasien entwickeln. Dabei gäbe es wahrlich genug zu tun. Und sicher wäre es für alle Beteiligten sinnvoll, wenn sich die erwähnten Institutionen voll auf ihr Kerngeschäft und ihre Kernkompetenzen konzentrieren würden, anstatt sich einem Pilotprojekt zu verschreiben, dessen Ziel und Zweck sich in Kontrolle und Schikane erschöpft.

Ziel und Zweck der Testarbeitsplätze werden vom Gemeinderat unmissverständlich formuliert: Es geht darum, renitente BezügerInnen von Sozialhilfe nicht nur mit der gesetzlich festgelegten Reduzierung der Sozialhilfe zu bestrafen – sondern sie aus der Sozialhilfe hinauszudrängen. Das haben wir nun schwarz auf weiss. Diese Aushebelung der gesetzlichen Grundlagen der Fürsorge sollten wir uns auch von einer sozialdemokratischen Sozialdirektorin nicht gefallen, nicht schönreden lassen. Sie werden nicht darum herum kommen, Farbe zu bekennen!

Und eine erste Antwort kommt am 1. Mai: von Arbeitenden, Gewerkschaften, Arbeitslosen, Armutsbetroffenen – und zwar gemeinsam!

Rolf Zbinden, PdA Bern, 8.4.10
Abstimmung unter Namensaufruf: Ja:48 / Nein:13 / Enth.:8

INITIATIVE „KEINE GEWALTÄTIGEN DEMONSTRANTEN“

Stellungnahme der PdA Bern

Einige Leute haben offensichtlich grosse Freude an einem verfänglichen Spiel. Und mit dem Essen kommt ihnen immer grösserer Appetit. Das Spiel ist einfach – und zugleich wirkungsvoll: Sie wecken zuerst Angst; dann erwecken sie den Eindruck, es

fehle an den Mitteln, diese Angst effizient zu bekämpfen; und daraus leiten sie die Notwendigkeit von besonderen Massnahmen ab.

Ein Streich liegt hinter uns: Und es traf die Armutsbetroffenen. Der neuste Streich steht vor uns: der Entfernungsartikel. Geht es im einen Fall um die sozialen, so geht es im anderen um die politischen Rechte – die eingeschränkt werden sollen. Und die Strategie lässt sich in beiden Fällen sehr gut verfolgen und vergleichen. Das Rezept ist simpel, durchsichtig: Man wähle (erstens) Einzelfälle, isoliere sie dann (zweitens) aus ihrem gesellschaftlichen Zusammenhang und baue sie (drittens) als grosse Bedrohung aller Rechtschaffenen und Rechtschaffenden auf. Und immer droht gleich ein kleines Abendland unterzugehen. Doch es genügt nicht, diese Angstbrühe vor sich hin garen zu lassen. Das will (viertens) noch pikant gewürzt sein: mit der Drohung, dass gegen solchen Missbrauch demokratischer Rechte kein Kraut gewachsen sei. Und da helfen dann (fünftens) nur noch ganz spezielle Massnahmen: spezielle Einschränkungen demokratischer Rechte.

Schon ein Blick auf den Titel der Initiative lohnt sich: „Gegen gewalttätige Demonstranten.“ Wer Gewalt anwendet gegen Sachen oder Personen, bewegt sich – wie ja auch die Initianten wissen könnten – nicht in einem rechtsfreien Raum. Solche Straftaten werden gesetzlich sehr differenziert erfasst und klassifiziert. Es gibt sogar den Tatbestand des sogenannten Landfriedensbruchs, der in der aktuellen Gerichtspraxis häufig im Sinn eines Entfernungsartikels ausgelegt wird. Da gibt es keine Lücken und damit auch keinen Nachholbedarf. Aber um diese Gewalthandlungen geht es den Initianten – entgegen dem Titel der Initiative – eben gerade nicht! Ihnen geht es um diejenigen, die sich nicht sofort entfernen, will heissen: bevor es überhaupt zu gewaltsamen Handlungen kommen könnte. Man könnte es einen Etikettenschwindel nennen – und das wäre dann noch milde ausgedrückt.

Wenn bei jeder Demonstration – ob eine Bewilligung erteilt worden ist oder nicht – damit gerechnet werden muss, dass die Polizei nach eigener Einschätzung der Lage und ohne Vorliegen von Gewalttaten die sofortige Entfernung friedlich Demonstrierender unter Strafandrohung durchsetzen kann, dann wird jede Demonstration zu einem grossen Risiko für alle, die dieses demokratische Recht für sich in Anspruch nehmen. Wer will und kann da noch dieses

Risiko einer Busse und zusätzlicher Sanktionen in der Schule oder am Arbeitsplatz auf sich nehmen? Wahrlich eine nachhaltige Initiative!

Demokratische Rechte werden nicht erst dann eingeschränkt oder aufgehoben, wenn der Ausnahmezustand ausgerufen und im Namen von Ruhe und Ordnung scharf geschossen wird. Politische Rechte wie das der Demonstrationsfreiheit können auch scheinbar bis zur Unkenntlichkeit demontiert werden. Deshalb müssen demokratische und soziale Rechte immer wieder neu erkämpft werden – gegen ihre schleichende Demontage. Und Demonstrationen sind ein Mittel, diese Rechte zu verteidigen. Aus genau diesem Grund warnt die PdA Bern vor der Einschränkung der Demonstrationsfreiheit, wie sie die Initiative bezweckt, und lehnt diese „gewaltsame Demonstration“ politischer Demagogie ab.

Rolf Zbinden, PdA Bern 18.3.2010

Interpellation Rolf Zbinden (PdA):
**ÜBERSTUNDENREGELUNG
ALS SCHLUPFLOCH GEGENÜBER
DEM VOLKSENTSCHEID
„200'000 FRANKEN SIND GENUG“?**

Entgegnung der PdA Bern auf die Antwort des Gemeinderats, 25.3.10

Wir nehmen zur Kenntnis, dass die leitenden Angestellten der Stadt Bern – im Unterschied zu den obersten Kadern des Kantons – „kein zusätzliches Entgelt durch die Auszahlung von Überstunden generieren können“, wie der Gemeinderat schreibt. Desgleichen sei die Kompensation von Überstunden durch Freizeit ausgeschlossen. So weit so klar, so weit so gut.

Doch offensichtlich gilt auch hier: keine Regel ohne Ausnahme! Und ausgenommen sind hier Pikett- und Sondereinsätze – was jedoch gemäss Gemeinderat mit Überstunden im eigentlichen Sinn nicht direkt etwas zu tun haben soll. Sondern? Und der

um eine Woche höhere Ferienanspruch leitender Angestellter? Wie dürfen wir das interpretieren? Etwa als pauschale Kompensation?

Alles aber nicht der Rede wert, meint der Gemeinderat und erwähnt einen Höchstbetrag von rund 50'000 Franken für Pikett- und Sondereinsätze – und das offensichtlich für eine einzelne Person. Wie erklärt sich denn das? Aber das muss er nicht nur uns – das soll der Gemeinderat doch beispielsweise einem Koch erklären, der von Glück reden kann, wenn er auf diese Lohnsumme kommt: und zwar im Jahr – und zwar mit Überstunden! Nur so zum Beispiel!

Aber was zerbrechen wir uns denn den Kopf über Schlupflöcher, wenn die Demontage des Volksentscheids „200'000 Franken sind genug“ beim Gemeinderat und hier im Rat längst beschlossene Sache ist! Und da darf es uns denn auch nicht erstaunen, wenn die Antwort des Gemeinderats mit all ihren Ausnahmen und Wortklaubereien und Relativierungen den Schweissgeruch des Beruhigungs- und Ablenkungsmanövers nicht ganz los wird.

Die Antwort des Gemeinderats wirft viele neue Fragen auf. Die Antwort der PdA Bern ist deshalb klar: Schaffen wir endlich Transparenz und eine maximale Lohnschere von 1 zu 3 für städtische Angestellte!

Rolf Zbinden, PdA Bern, 25.3.10

Motion Rolf Zbinden (PdA):
**LOHNGERECHTIGKEIT BEI
ANGESTELLTEN DER STADT BERN:
EINE NOTWENDIGE ANNÄHERUNG**

Entgegnung der PdA Bern auf die Antwort des Gemeinderats, 25.3.10

Dass wir uns von Anfang an richtig verstehen: Hier geht es nicht ums Skandalisieren. Hier schreit niemand: Haltet den Dieb! Hier geht es um Solidarität. Unsere Motion richtet sich nicht gegen einen stossenden Missbrauch, sie richtet sich vielmehr

**KAPITALSCHMAROTZER ENTEIGNEN -
BEVOR SIE ARBEITENDE VERTREIBEN**
SOLIDARITÄT MIT DEN ARBEITERINNEN DER KARTONFABRIK DEISSWIL

aus nach legitimen Bedürfnissen und realistischen Möglichkeiten. Und dabei halten wir an der Überzeugung fest, dass Gerechtigkeit und Solidarität zu menschlichen Grundbedürfnissen gehören, die auch durch die wildesten Raubzüge des Grosskapitals bislang nicht ausgerottet werden konnten. Ja, vielleicht im Gegenteil.

Und es freut uns natürlich zu hören, dass die Stadt Bern schon heute zu den Arbeitgebern gehört, die mit einer vergleichsweise geringen Lohnschere auskommen – unter dem Diktat eines Volksentscheids auch auskommen muss. Wir brauchen uns hier also nicht mit den Scheren aus dem Horrorkabinett des realexistierenden Kapitalismus zu beschäftigen, bei denen noch den strammsten Aposteln der Leistung die Spucke wegbleibt. Wir diskutieren hier also nicht astronomische Verhältnisse wie die 1:720 bei Novartis – wir reden von einer realistischen, moderaten, sinnvollen Angleichung: von 4.8 : 1 zu 3 : 1. Dass die höchsten Löhne ein Dreifaches der städtischen Mindestlöhne nicht überschreiten: Das hat nichts mit Gleichmacherei zu tun, sondern mit realpolitischem Augenmass.

Wer für die Gemeinde Bern arbeitet, soll in dieser Stadt auch anständig leben können. Ja, die Stadt Bern trägt hier bezüglich der untersten Lohnklassen sogar eine Verantwortung, die den Kreis ihrer eigenen Angestellten weit überschreitet. Und wer das Dreifache eines anständigen Lohnes verdient – das Dreifache: Wie sollten nicht auch diese Angestellten über einen anständigen Anreiz verfügen, sich für diese Stadt beruflich zu engagieren! Wir haben eine hohe Achtung für die Arbeiten, die im Interesse der Stadt, im Interesse ihrer Bevölkerung geleistet werden. Wir haben eine hohe Achtung vor all diesen notwendigen Arbeiten, wo sie auch immer geleistet werden, ob im warmen Büro oder auf den vereisten Strassen, ob am Computer oder auf dem Lastwagen, ob nach oder vor Sonnenaufgang: Ein Annäherung der Löhne anerkennt diese ihre Leistung – und ehrt uns alle.

Unsere Motion ist nicht nur ökonomisch durchaus sinnvoll, weil sie die Konsumkraft der unteren Einkommensklassen anhebt. Sie ist auch politisch sinnvoll, bezeichnet sie doch eine genuin politische Position jenseits von Neid und Habgier – politisch im ursprünglichen Sinn: als das Gemeinwesen betreffend. Die Motion ist nicht utopisch – sie ist nicht im Niemandsland angesiedelt, sondern mitten in dieser Stadt, in der wir leben. Sie ist nicht utopisch,

aber ein bisschen philosophisch: weil sie über den Tellerrand unserer alltäglichen Rechnereien hinweg einem Ziel ein konkretes Gesicht verleiht: dem gemeinsamen Ziel aller, die gemeinsam für dieses Gemeinwesen arbeiten. Eine Stadt, die solche Zeichen setzt – wie sollte die nicht attraktiv sein!

Wir können uns für die unteren Lohnklassen Lohnerhöhungen wünschen. Wir können die Geschenke an die, welche es wirklich zuletzt nötig hätten, skandalisieren. Wir können in Feierstunden die Solidarität hochleben lassen. Nützt es nichts – so kostet es auch nicht viel. Mit der Motion 1 zu 3 ist es aber ein bisschen anders, meint die PdA Bern. Mit dieser Motion haben wir die Möglichkeit zum Tatbeweis. Zu einem bescheidenen. Aber wer schon da nicht mitzieht... Wir haben die Wahl!

Rolf Zbinden, PdA Bern, 25.3.10

DAS GRIECHISCHE VOLK WEHRT SICH GEGEN DEN GANG ZUR SCHLACHTBANK

Der Erfolg des 48-stündigen Streiks vom 21./22. April war ein entscheidender Schritt für die Eskalation des Kampfes der griechischen Arbeiterklasse, der armen Bevölkerungsschichten und der Jugend. Zehntausende von Werktätigen des privaten wie des öffentlichen Sektors folgten dem Streikaufruf der PAME, der Allianz der klassenorientierten Gewerkschaften, und traten in den Ausstand. Die PAME organisierte Massendemonstrationen zur Unterstützung des Streiks in 69 Städten Griechenlands.

Der Streik drückte einerseits die Opposition gegen die volksfeindlichen Massnahmen und speziell die neuen Steuern aus, welche die sozialdemokratische PASOK-Regierung der Bevölkerung auferlegen will. Auf der anderen Seite stellte der Streik die sogenannte bürgerliche Legitimität und die Einschüchterung der organisierten Arbeiterbewegung durch die Plutokratie in Frage.

Der Streikerfolg ist eine weitere Antwort an die Regierung, die Kürzungen an Löhnen und Pensionen vornimmt, das Rentenalter erhöht, die prekären Arbeitsformen verallgemeinert, gesetzliche Beschränkungen von Massenentlassungen abschafft, Privatisierungen und Liberalisierungen mit neuen reaktionären Reformen vorantreibt.

Der Streikerfolg bedeutet eine Stärkung der griechischen Arbeiterklasse.

Die Streikenden schlugen die Einschüchterungsversuche der Bourgeoisie ab. Die Seeleute und die Hafenarbeiter von Piräus trotzten dem gerichtlichen Streikverbot, das die Reeder erwirkt hatten. Der Hafen wurde bestreikt, ebenso wie die grossen Industrien, die Einkaufszentren, die Hotels und viele andere Betriebe.

Und die griechische Arbeiterklasse widerstand den streikbrecherischen Umtrieben der gelben Gewerkschaften. Die grösste Gewerkschaftszentrale der Privatwirtschaft (GSEE) unterstützte die von der Plutokratie inszenierte Medienkampagne zur Einschüchterung der Streikwilligen. Die Föderation der Angestelltenverbände des öffentlichen Sektors (ADEDY) schloss sich dem Streik nur für den 22. April an und hielt eine eigene, von der arbeitenden Bevölkerung schwach besuchte Manifestation in Athen ab.

Demgegenüber versammelten sich Zehntausende beim Syntagma-Platz in Athen zum Umzug der PAME, um die barbarische arbeiter- und volksfeindliche Offensive zu verurteilen, welche von Regierung, Arbeitgebern, EU und den Parteien der Bourgeoisie entfesselt wurde.

Aleka Pappariga, die an der Spitze einer Delegation der Kommunistischen Partei Griechenlands (KKE) in Athen mitmarschierte, begrüsst speziell die Seeleute, die sich der richterlichen Verfügung zum Streikverbot widersetzen. «Wir müssen Widerstand leisten, sonst führen sie uns nach Washington und Brüssel auf die Schlachtbank ab», kommentierte die Generalsekretärin der KKE.

24.04.2010/mh/www.kommunisten.ch

Die 4. AVIG-Revision aus der Sicht der Betroffenen **EINE KRIEGSERKLÄRUNG AN DIE BETROFFENEN**

Thomas Näf, Präsident Komitee der Arbeitslosen und Armutsbetroffenen

Bei der Lektüre der Botschaft des Bundesrates zur 4. AVIG-Revision habe ich mehr als einmal leer schlucken müssen. Die Botschaft vom 3. September 2008 redet um den heissen Brei herum, vor allem bei der Darstellung der krassesten Leistungsver schlechterungen. Als Betroffener kann ich es nur als Verspottung empfinden, wenn der Bundesrat uns zur Rechtfertigung von Leistungskürzungen mit solchen Begründungen kommt wie der folgenden:



Referendum jetzt Unterschreiben! www.nein-aavig.ch

„Der vorgeschlagene Abbau der Fehlanreize zielt v.a. auf Personen, die lange in der Erwerbslosigkeit gefangen sind.“^[1] Der Bundesrat schickt uns eine Kriegserklärung und stellt das Ganze so hin, dass wir Betroffenen Gefangene der Leistungen sind, und der edle Bundesrat unser Befreier.

Die Argumente, mit denen der Bundesrat und die bürgerliche Parlamentsmehrheit den Abbau der Arbeitslosenversicherung vorantreiben, stehen noch voll in der Kultur der neoliberalen Sprücheklopfer aus den 90-iger Jahren. Besonders krass ist die Verzerrung der finanziellen Auswirkungen. Der Bundesrat spricht von einer „ausgewogenen Vorlage“. Dazu ist schon einiges gesagt worden. Ich will auf den entscheidenden Punkt hinweisen. Wenn die ALV-Leistungen um eine Milliarde gekürzt werden, dann löst dies auf dem Arbeitsmarkt einen Lohn-dumping-Effekt aus, der ohne weiteres mehrere Milliarden beträgt. Es geht den Patrons und dem Bundesrat in ihren Diensten eben nicht nur um die Einsparungen bei der Arbeitslosenkasse, sondern darum, die Konkurrenz zwischen den Arbeitslosen und den Arbeitenden anzuheizen. Bei praktisch jeder Besetzung einer freien Stelle wird das Kräfteverhältnis durch die erzwungenen Tieflohn-Bewerbungen von Arbeitslosen künstlich zugunsten der Patrons verändert.

Die AVIG-Revision ist Teil einer umfassenden Offensive gegen die Arbeiterklasse

Seit 1990 sind wir Zeugen einer arbeiterfeindlichen Umkämpfung des Arbeitsmarkts: Die Leistungen werden alle paar Jahre wieder gekürzt und der Kreis der Leistungsberechtigten eingeschränkt; praktisch wird das verfassungsrechtliche Obligatorium durchlöchert, das Versicherungsprinzip durch das Bedürftigkeitsprinzip ersetzt.

Durch Fehlanreize fördert diese Arbeitsmarktpolitik die prekäre, ungesicherte Beschäftigung mit hohem Risiko des Rückfalls in die Arbeits-

losigkeit.

Die Praxis der RAV vermehrt künstlich die Nachfrage nach solchen Tieflohn-Stellen. Eine Folge dieser Arbeitsmarktpolitik von der Hand in den Mund war, dass viele Unternehmen ihre internen Putzdienste aufgelöst haben und nun dieselbe Arbeit von Putzkolonnen mit arbeitslosen Praktikanten, Zwischenverdienerinnen usw. erledigt wird, ... und auch noch von der ALV subventioniert wird! Gerade auch hier sehen Sie, dass wir nicht die einzigen Verlierer dieser Vorlage sind: Diese Lohnsubventionen an die schlechtesten Arbeitgeber treffen natürlich auch die ehrliche Konkurrenz, die mit guten Löhnen kalkuliert. Die Aufgabe der Arbeitsmarktpolitik müsste gerade das Gegenteil sein, nämlich auf die Qualität der Wiederbeschäftigung zu achten, und zukunftsichere, gut bezahlte Beschäftigung zu fördern. Volkswirtschaftlich kann die ALV-Politik des Bundesrats die Schweiz ebenso teuer zu stehen kommen wie das alte Saisonierstatut: wie damals lenkt man heute menschliche und finanzielle Investitionen in rückständige Strukturen und Betriebsformen. Eine verheerende Rolle spielt in diesem Zusammenhang der 2. Arbeitsmarkt. Anstatt zusätzliches Beschäftigungsvolumen zu schaffen, bewirkt er eine Auslagerung von ordentlich bezahlter Arbeit und ihre systematische Verdrängung durch prekäre Beschäftigung.

Ein weiterer Trend der Arbeitsmarktpolitik besteht in der Tendenz zu autoritären Regelungen des Arbeitsmarkts. Nur ein Beispiel: In der Botschaft vom 3. September 1975 zum Verfassungsartikel über die ALV schrieb der Bundesrat: „*Dabei versteht es sich von selbst, dass eine Umschulung gegen den Willen des betreffenden Arbeitnehmers nicht in Frage kommen kann.*“^[2] Diese „Massnahmen zur Verhütung und Bekämpfung“ der Arbeitslosigkeit, die man uns im Artikel 114 der Bundesverfassung garantiert hatte, wurden in der Praxis Schritt für Schritt zurückgenommen, und heute erleben wir Betroffenen die Umsetzung des Versprechens nur noch als reine Kontroll-, Zwangs- und Disziplinierungsinstrumente.

Alle diese Umkrepelungen des Arbeitsmarkts haben insgesamt dazu geführt, die Arbeitsmarktkrise zu vertiefen, die Arbeitslosigkeit zu vergrössern und die Unterfinanzierung der Arbeitslosenversiche-

rung chronisch zu machen. Die 4. AVIG-Revision bedeutet die Fortsetzung und Intensivierung dieser gescheiterten neoliberalen Arbeitsmarktpolitik.

Deshalb werden wir sie bekämpfen, und nicht vergessen, dass unser Kampf auch einen Riegel gegen jene Verschlechterungen schiebt, die man im Bundeshaus schon ausgeheckt hat, aber nicht wagt, in die 4. Revision zu verpacken. Der Teilrückzieher der Bürgerlichen nach der kalten Dusche der Volksabstimmung über die Pensionskassen ist für uns der beste Beweis, dass sich unser Kampf lohnt.

30. März 2010

Quellen: [1] Botschaft des Bundesrats zur **Änderung des Arbeitslosenversicherungsgesetzes** (vom 3. September 2008), Separatdruck Seite 43
 [2] Botschaft des Bundesrates an die Bundesversammlung betreffend **Änderung der Bundesverfassung für eine Neukonzeption der Arbeitslosenversicherung** (Vom 3. September 1975), in: Bundesblatt 1975, Band II, S. 1565



**STOPP SOZIALABBAU
DIE PDA FORDERT DIE
PROMILLE-ABGABE**

Alle Grossbetriebe, die einen Eigenkapital von mehr als 1 Milliarde (1000 Mio.) Franken aufweisen, sollen ein Promille vom Eigenkapital in einen Sozialfonds einbezahlen. Mit diesen Millio-

nen können die Sozialversicherungen ohne Abbau finanziert werden.

Unternehmen	Eigenkapital	Promille-Abgabe
Crédit Agricole (Suisse) SA	70950 Mio.	70,9 Mio.
Novartis	55440 Mio.	55,4 Mio.
Nestlé	50744 Mio.	50,7 Mio.

Ein Vergleich: Der Durchschnittslohn in der Schweiz beträgt 5800 Franken im Monat. Ein Promille davon sind 5.80 Franken. Ein Kaffee und ein Gipfeli. Wir fordern, dass die Grossbetriebe im Verhältnis ein Kaffee und ein Gipfeli pro Jahr für den Sozialstaat bezahlen müssen!

Unterschreiben Sie die Online-Petition für die Promille-Abgabe! stopp-sozialabbau.pda.ch

Hier finden Sie auch alle Infos zum AVIG-Referendum sowie weitere Finanzierungsvorschläge der Partei der Arbeit.

Impressum: PdA Bern, Quartiergasse 17,
 Postfach 7501, 3001 Bern
 Kontonummer 30-26786-9 www.pdabern.ch